



BILDUNG IN NIEDERSACHSEN BESSER GEMEINSAM!

UNSERE ZIELE ALS BILDUNGSPARTEI IN NIEDERSACHSEN

KURZFASSUNG DES KONZEPTS »ZUKUNFT DER BILDUNG«.

Einstimmiger Beschluss
des a.o. SPD-Landesparteitages
vom 10. Juni 2006.

Niedersachsen hat Perspektiven.

SPD

INHALT

Vorwort	6
Unsere Ziele als Bildungspartei in Niedersachsen	8
Frühkindliche und vorschulische Bildung, Erziehung und Betreuung	9
Grundschulen als Basis des gemeinsamen Lernens	11
»Gemeinsame Schule« – Sekundarstufe I	12
Sekundarstufe II	16
Die beruflichen Schulen der Zukunft	17
Reform der Lehramtsausbildung	18
Hochschulen von morgen sichern	19
Erwachsenen-, Weiter- und Seniorenbildung stärken	20
Finanzierung	21
Zukunft der Bildung – mit der SPD!	21
Bildungsschema	22



Garrelt Duin, MdB
SPD-Landesvorsitzender



Wolfgang Jüttner, MdL
SPD-Fraktionsvorsitzender

LIEBE LESERINNEN UND LESER,

auf dem Parteitag am 10. Juli 2006 hat die SPD in Niedersachsen ihr Konzept »Zukunft der Bildung« einstimmig verabschiedet. Erstmals in Niedersachsen hat damit eine Partei ein umfassendes Bildungskonzept vorgelegt, das alle Bildungsbereiche – von der Kinderkrippe bis zur Erwachsenenbildung – umfasst. Mit dieser Broschüre wollen wir das Programm einer breiteren Öffentlichkeit vorstellen.

Die Projektgruppe »Zukunft der Bildung« unter Leitung von Wolfgang Wulf hat bei der Erarbeitung unseres Konzeptes stets den Dialog gesucht. Es ist unter Beteiligung vieler Fachleute aus Schulen und Universitäten, aus Kitas und Volkshochschulen entstanden. Wir haben unsere Vorstellungen intensiv mit Eltern, Lehrkräften sowie Schülerinnen und Schülern diskutiert, zahlreiche Gespräche mit Vertretern von Gewerkschaften, Arbeitgebern und Verbänden geführt. Dabei haben wir viele wertvolle Anregungen bekommen, die wir in das Programm aufgenommen haben.

In unserer Politik hat Bildung einen hohen Stellenwert. Bildung entscheidet darüber, in was für einer Gesellschaft wir in Zukunft leben. Bildung ist der Schlüssel für mehr Wachstum, mehr Produktivität und mehr Fortschritt. Wir leben nicht mehr in der Gesellschaft der 70er Jahre. Die Formen des Arbeitens, des Wirtschaftens und des Lebens haben sich radikal gewandelt. Deshalb muss sich auch unser Bildungssystem ändern. Wenn wir nicht heute handeln, werden wir in einigen Jahren international abgehängt sein.

In unserer globalisierten Welt ist Wissen das wichtigste Gut, der wichtigste Rohstoff, den wir in Deutschland haben. Deswegen müssen wir die Potenziale, die Kreativität und den Ideenreichtum eines jeden Menschen fördern. Es ist die Aufgabe der Politik, die Weichen heute richtig zu stellen. Und dazu gehört auch, Bildung umfassend zu gestalten. Deswegen setzen wir einen Schwerpunkt auf die frühkindliche Bildung. In den ersten Lebensjahren werden entscheidende Grundlagen für den weiteren Lebens- und Bildungsweg gelegt. Viel zu lange wurde dieser Bildungsabschnitt nicht beachtet.

Wir ziehen mit unserem Bildungskonzept die richtigen Konsequenzen aus den internationalen Bildungsstudien. Mit der »Gemeinsamen Schule« orientieren wir uns an den PISA-Siegerländern und nehmen ihre Ideen für eine bessere Bildungsqualität auf. Es zählt, was Kinder leisten und nicht was sich ihre Eltern leisten können! Durch die intensive individuelle Förderung steht das einzelne Kind im Mittelpunkt. Davon profitieren schwache und starke Schülerinnen und Schüler gleichermaßen. Auch hier machen wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten deutlich: Wir lassen kein Kind zurück.

Mit der »Gemeinsamen Schule« sorgen wir dafür, dass Schule vor Ort bleibt. Es gilt weiterhin das Prinzip: »Kurze Beine – Kurze Wege«. Die Schülerzahlen werden in den nächsten Jahren abnehmen. Der demografische Wandel stellt unser Schulsystem gerade in der Fläche vor enorme Herausforderungen. Durch die »Gemeinsame Schule« machen wir unsere Strukturen demografiefest und können ein wohnortnahes und umfangreiches Bildungsangebot aufrechterhalten.

Dabei ist klar: Wir werden die »Gemeinsame Schule« nicht von oben verordnen und nicht gegen den Willen der Eltern durchsetzen. Deswegen wollen wir für unser Bildungskonzept werben und die Menschen überzeugen. Die Diskussion über unsere Ideen ist uns wichtig. Das haben wir schon bei der Erstellung unseres Konzeptes deutlich gemacht. Auch weiterhin suchen wir den Dialog mit den Menschen.



Garrelt Duin, MdB
SPD-Landesvorsitzender



Wolfgang Jüttner, MdL
SPD-Fraktionsvorsitzender



UNSERE ZIELE ALS BILDUNGSPARTEI IN NIEDERSACHSEN

Die SPD ist die Bildungspartei Deutschlands. Wir sind stolz darauf, maßgebliche Impulse für die Entwicklung der Bildungslandschaft geliefert zu haben. Dieser Verantwortung sind wir uns bewusst, und deswegen legen wir in dieser Tradition ein neues Konzept zur Modernisierung aller Bildungsbereiche in Niedersachsen vor.

Nicht zuletzt durch internationale Studien wie PISA ist deutlich geworden, dass Deutschland – und damit auch Niedersachsen – den Anschluss an die internationalen Bildungsstandards verloren hat. Nach wie vor ist Deutschland das Land in Europa, in dem die soziale Herkunft am gravierendsten über die Bildungschancen entscheidet, es die schärfste Auslese und die größten sozialen Benachteiligungen gibt.

Vor diesem Hintergrund haben die sozialdemokratischen Bildungsziele nichts an Aktualität verloren, im Gegenteil, sie zu verwirklichen ist dringender denn je.

Wir wollen

- eine BESTMÖGLICHE INDIVIDUELLE FÖRDERUNG JEDES MENSCHEN durch das Bildungssystem ERREICHEN UND DAMIT CHANCENGLEICHHEIT als sozialdemokratische Kernbotschaft VERWIRKLICHEN,
- eine GANZHEITLICHE UND LEBENSLANGE BILDUNG GEWÄHRLEISTEN, die alle Fähigkeiten umfasst unter gleichwertiger und gleichgewichtiger Einbeziehung der sprachlichen, motorischen, musisch-künstlerischen, sozialen und kognitiven Fähigkeiten.

Die niedersächsische SPD hat mit dem Konzept »Zukunft der Bildung« ein umfassendes Bildungsprogramm entwickelt, das von diesen Grundsätzen ausgeht. Das Prinzip der individuellen umfassenden »Förderung und Forderung« steht dabei im Mittelpunkt.

Wir wollen nach der Landtagswahl im Jahr 2008 wieder die Regierung des Landes stellen. Mit dem Konzept »Zukunft der Bildung« beschreiben wir die Schritte, die wir in der Zeit bis zum Jahre 2018 vollziehen wollen, um innerhalb von zwei Legislaturperioden Niedersachsen zu einem herausragenden Bildungsland in Deutschland und Europa zu entwickeln.



FRÜHKINDLICHE UND VOR- SCHULISCHE BILDUNG, ERZIEHUNG UND BETREUUNG

Frühkindliche und vorschulische Bildung, Erziehung und Betreuung mit spielerischem und entdeckendem Lernen sind zentrale Anliegen sozialdemokratischer Bildungspolitik. Ihr Ausbau ist notwendig, um die Potenziale eines Kindes und damit die Basis für die Chancengleichheit zu entwickeln.

Die SPD wird deshalb von 2008 bis 2018 die frühkindliche Bildung, Erziehung und Betreuung in Niedersachsen in enger Abstimmung mit den Kommunen und den Trägern der Einrichtungen völlig neu gestalten.

BILDUNG BEGINNT IM ELTERNHAUS.

Wer starke Kinder haben möchte, muss die Eltern stark machen. Die Förderung in der frühen Kindheit bestimmt den späteren Erfolg beim Lernen entscheidend mit. Daher wollen wir in den Gemeinden ein wohnortnahes Netz von Einrichtungen schaffen, in denen unterstützende – nicht bevormundende – Erziehungsberatung kostenfrei angeboten werden. Aufsuchende Hilfe in vielfältiger Form ist dabei entscheidend für eine frühe Unterstützung der Eltern. Bildungspolitik ist auch Sozialpolitik.

LEISTUNGEN IN FAMILIENZENTREN BÜNDELN

Die von uns angestrebten Veränderungen sind am effektivsten, wenn eine Vernetzung aller Angebote über ein koordinierendes Zentrum stattfindet. Deswegen wollen wir Kindertagesstätten zu Familienzentren ausbauen. Ab dem Jahr 2008 werden wir als ersten Schritt 50 Zentren in Niedersachsen einrichten.

Hier sollen die verschiedenen Dienste und Einrichtungen für Familien und Kinder gebündelt werden. Dazu zählen Angebote wie Erziehungshilfe für Eltern, Dienste von Kinderärzten und der Gesundheits-, Jugend- und Sozialämter.



FRÜHKINDLICHE UND VORSCHULISCHE BILDUNG, ERZIEHUNG UND BETREUUNG IN KRIPPEN UND KINDERGÄRTEN

In Niedersachsen besteht für knapp 97 % der Kinder kein Krippenplatzangebot, obwohl es einen hohen Bedarf gibt. Wir wollen deshalb schrittweise ein ausreichendes und flächendeckendes Krippenplatzangebot sicherstellen, das durch das Tagesmüttermodell ergänzt wird. **AB DEM JAHR 2010 WIRD ES IN NIEDERSACHSEN EINEN RECHTSANSPRUCH AUF EINEN KRIPPENPLATZ GEBEN.**

Spätestens mit Vollendung des dritten Lebensjahres wird die frühkindliche Bildung in den Kindergärten fortgesetzt. Wir werden daher den Bildungsauftrag des Kindergartens stärken und die Qualifizierung der Beschäftigten verbessern. Die Ausbildung der Erzieherinnen und Erzieher soll reformiert werden.

Die Entwicklung der Kinder wird dokumentiert. So garantieren wir eine effektive individuelle Förderung der Kinder. Unser Ziel ist zudem die Integration von Kindern mit Behinderungen in die regulären Kindertagesstätten.

Kindern mit besonderem Förderbedarf im Bereich der deutschen Sprache werden in speziellen Kursen Deutschkenntnisse vermittelt, damit sie die Grundschule erfolgreich besuchen können. Dies erfolgt in den Kindergärten von Anfang an und nicht erst im letzten Jahr.

Wir wollen, dass möglichst alle Kinder den Kindergarten besuchen und deswegen werden wir – beginnend mit einem Kindergartenjahr – schrittweise die Beitragsfreiheit für die gesamte Zeit des Kindergartenbesuchs einführen.



GRUNDSCHULEN ALS BASIS DES GEMEINSAMEN LERNENS

ZUSAMMENARBEIT ZWISCHEN KINDERGÄRTEN UND GRUNDSCHULEN

Alle Kinder sollen gezielt auf den Schulbesuch vorbereitet werden. In Zukunft muss dies verbindlich geregelt und evaluiert werden. Hierzu sind die Vorgaben des derzeit in Niedersachsen gültigen Orientierungsplans für die Arbeit der Kindertagesstätten in überprüfbare Bildungsstandards umzuwandeln.

Die Eltern sollen motiviert werden, ihre Kinder bereits mit 5 Jahren aus der Kindertagesstätte in die flexible Eingangsstufe der Grundschule wechseln zu lassen. Für diesen Wechsel wird es künftig mindestens zwei Termine im Jahr geben. Spätestens erfolgt er mit der Vollendung des 6. Lebensjahres.

Lehrkräfte sollen bei der Vorbereitung der Kinder auf die Schule, Erzieherinnen und Erzieher im Gegenzug in der flexiblen Eingangsstufe der Grundschule mitwirken.

ALLE GRUNDSCHULEN BEGINNEN MIT DER FLEXIBLEN EINGANGSSTUFE

Die Grundschule soll wohnortnah vorgehalten werden. Am Beginn der schulischen Laufbahn steht an allen niedersächsischen Grundschulen die flexible Eingangsstufe. Die beiden ersten Jahrgänge können von den Kindern je nach ihrer individuellen Befähigung in ein, zwei oder drei Jahren durchlaufen werden. Danach folgen die Jahrgänge drei und vier.

Die Unterrichtsorganisation der Grundschulen wird reformiert, hin zu mehr selbstständigem und fächerübergreifendem Lernen und Projektgruppenarbeit. Alle Grundschulen können als Ganztagschulen ausgebaut werden.



»GEMEINSAME SCHULE« – SEKUNDARSTUFE I

AUSSORTIEREN IST DER FALSCHER WEG

Das frühzeitige Trennen und Aussortieren der Kinder nach dem vierten Schuljahrgang ist ein fast einmaliger Sonderweg Deutschlands. Fast alle Länder Europas praktizieren hingegen eine längere gemeinsame Beschulung der Kinder. In Niedersachsen wird dies von der CDU/FDP-Regierung verhindert. Nach allen wissenschaftlichen Erkenntnissen steht die frühe Trennung der Begabungsförderung im Weg. Zusammen mit dem Abschieben von Verantwortung von einer Schulform auf die andere durch Abschulung und Sitzenbleiben trägt sie entscheidend zur ungleichen Verteilung der Schulabschlüsse nach sozialer Herkunft bei. Auch gesamtgesellschaftlich wirkt sich dieses Schulsystem fatal aus, weil vorhandene Bildungsreserven nicht genutzt werden.

Mit kleinen Reparaturen am bestehenden System ist diese Entwicklung nicht zu korrigieren. Entscheidend ist ein Umdenken in der Schulpolitik. Im Mittelpunkt aller Überlegungen und Maßnahmen dürfen nicht Schulformen, sondern muss die individuelle Förderung aller Kinder stehen. Nicht Schulformen sind zu fördern, sondern Schülerinnen und Schüler.

Dabei zeigt sich jedoch schnell, dass das gegliederte Schulsystem an seine Grenzen stößt. Es birgt die Tendenz zur Abstufung in sich und behindert bei allem Bemühen der Handelnden die optimale Leistungsentwicklung jedes Kindes nach seinen Möglichkeiten und Fähigkeiten. Daher gilt es, das gegliederte Schulwesen zu überwinden.



UNSER ZIEL IST DIE »GEMEINSAME SCHULE«

Unser Ziel ist eine gemeinsame Beschulung bis zum Ende der Sekundarstufe I mit individueller Förderung, damit die Entwicklungspotenziale der Schülerinnen und Schüler chancengleich entfaltet werden können. Nur »eine Schule für alle Kinder« wird diesen Herausforderungen gerecht. Dies ist die »Gemeinsame Schule« im Sekundarbereich I.

Gemeinsames Lernen und individuelle Förderung stehen dabei in engem Zusammenhang. Alle Schülerinnen und Schüler werden auf der Grundlage ihrer Lernfortschritte beraten und nach ihren individuellen Möglichkeiten gefordert und gefördert. Damit wird zugleich die Freude am Lernen verbessert. Lernfreude darf nicht durch Missachtung, Beschämung, Unter- oder Überforderung zerstört werden.

Die Lernergebnisse müssen überprüfbar sein. Deswegen werden im Unterricht zu erreichende Mindeststandards formuliert und deren Erreichen regelmäßig untersucht. Die Schulen sind zur ständigen Qualitätskontrolle über ihre Entwicklung, ihre innerschulische Differenzierung, ihre Schulprogrammentwicklung, ihre Kooperation und ihre Netzwerkbildung verpflichtet.

In der »Gemeinsamen Schule« werden alle Klassen ohne Verzögerung durchlaufen. Das »Sitzenbleiben« kann entfallen, weil bei auftretenden Defiziten entsprechende Fördermaßnahmen frühzeitig ergriffen werden können.

Die »Gemeinsame Schule« ist Ganztagschule. Hiermit verbinden wir eine noch effektivere Förderung aller Kinder mit Familienpolitik. Die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf wird so ermöglicht. Die Ganztagschulen sind Lern- und Lebensraum für alle an der Schule Tätigen und verfügen über eine entsprechende räumliche, sachliche und personelle Ausstattung.

Sie erfordern aber eine Veränderung der Organisation des Lehr- und Lernprozesses. Eine einfache Verlängerung des Schultags in den Nachmittag reicht nicht aus. Individuelle Förderung im sinnvollen Wechsel mit gemeinsamem Unterricht braucht Raum und Zeit. Das Lernen kann in einer Ganztagschule sinnvoll rhythmisiert werden. Diese individuelle Förderung und Forderung wird verbunden mit der Freude am entdeckenden Lernen.

In der pädagogischen Arbeit wirken unterschiedliche berufliche Kompetenzen, wie etwa Schulpsychologen und Sozialpädagogen, zum Wohle von Kindern und Jugendlichen zusammen. Schule ist Teil der örtlichen Lebenswelt.



DER WEG ZUR »GEMEINSAMEN SCHULE«

Eine SPD-geführte Landesregierung strebt an, bis zum Jahr 2013 für jedes Kind wohnortnah im Sekundarbereich I eine »Gemeinsame Schule« anzubieten. Wir sind davon überzeugt, dass sich unser Modell der »Gemeinsamen Schule« durchsetzen wird. Wir haben die besseren Argumente auf unserer Seite.

Die SPD wird jedoch keine erneute Schulreform »von oben« verordnen. Wir streben eine an den Bedürfnissen vor Ort ausgerichtete Weiterentwicklung des Schulsystems an. Beginnend im Jahr 2008 können bestehende Schulen des Sekundarbereichs I in »Gemeinsame Schulen« umgewandelt werden. Hierbei kommt es auf den Elternwillen an.

Die Errichtung der »Gemeinsamen Schule« gibt den kommunalen Schulträgern die Gelegenheit, ihre Schullandschaft neu zu ordnen. Das wird weniger durch Neuerrichtung von Schulen als vielmehr durch Zusammenlegung und Umwandlung bestehender Schulen erfolgen, und zwar jahrgangsweise aufsteigend.

Wir werden umgehend nach Regierungsantritt die »Gemeinsame Schule« als Regelschule im Schulgesetz verankern und schulformunabhängige Bildungsstandards für den Sekundarbereich I entwickeln, die beschreiben, welche Kompetenzen die Schülerinnen und Schüler am Ende eines Jahrgangs mindestens erreicht haben sollen. Für alle Schulen des Sekundarbereichs I gilt dann:

1. Das »Abschulen«, die Überweisung an eine andere Schulform gegen den Willen der Eltern, wird aus dem Schulgesetz gestrichen.
2. An die Stelle des Sitzenbleibens treten Fördermaßnahmen. Die Erziehungsberechtigten behalten aber das Recht, selbst über eine Klassenwiederholung oder einen Schulwechsel ihres Kindes zu entscheiden.

Der Rückgang der Schülerzahlen, auf den die örtliche und regionale Schulentwicklungsplanung reagieren muss, um Schulstandorte halten zu können, führt schon jetzt bundesweit zur Zusammenführung vieler Schulen im Sekundarbereich I. Nur die Einführung der »Gemeinsamen Schule« wird dazu führen, dass besonders in ländlichen Regionen eine wohnortnahe und vollständige Schullandschaft vorhanden sein wird.

Die Gemeinsamkeit hat für die Schulentwicklungsplanung und für die Schulträger vor allem in ländlich geprägten Bereichen darüber hinaus große Vorteile, weil einige der derzeit schwer kontrollierbaren Schülerströme entfallen. Das vereinfacht und verbilligt die Schülerbeförderung.



MERKMALE DER »GEMEINSAMEN SCHULE«

Die Gemeinsame Schule zeichnet sich durch folgende Merkmale aus:

1. An den »Gemeinsamen Schulen« werden alle Schülerinnen und Schüler des Sekundarbereichs I (Jahrgänge 5 bis 10) gemeinsam beschult.
2. In den Lerngruppen der »Gemeinsamen Schulen« werden die Schülerinnen und Schüler individuell gefördert.
3. »Gemeinsame Schulen« erhalten für das Prinzip des individuellen Förderns zusätzliche Budgets für Förderunterricht, Fachpersonal und Fortbildung.
4. Die »Gemeinsamen Schulen« werden grundsätzlich als Selbstständige Schulen und Ganztagschulen geführt. Dafür werden sie mit einem entsprechenden Budget ausgestattet. Sie werden regelmäßig evaluiert.
5. Die zu vergebenden Abschlüsse in der Sekundarstufe I richten sich weiterhin nach den Regelungen der Konferenz der Kultusminister (KMK).
6. Kinder mit Behinderungen gehören von Anfang an in der »Gemeinsamen Schule« dazu und erhalten die ihnen gemäße Förderung und Forderung. Kinder ohne Beeinträchtigung lernen, ihre Altersgenossen, die anders sind, zu akzeptieren und von und mit ihnen zu lernen.



SEKUNDARSTUFE II

An die Sekundarstufe I schließen sich berufliche und studienvorbereitende Bildungsgänge an, die mit beruflichen Qualifikationen oder mit Zugangsberechtigungen zu Hochschulen und Fachhochschulen abgeschlossen werden können.

Derzeit herrscht in Niedersachsen in der Organisation der gymnasialen Oberstufe viel Unklarheit: Gymnasien und Gymnasialzweige der KGS führen nach 12 Jahren zum Abitur, IGS und Fachgymnasien erst nach 13 Jahren. An Gymnasien ist die Belastung mit bis zu 34 Wochenstunden dadurch so hoch, dass oft eine ganztägige Beschulung nötig ist, allerdings ohne dass es tatsächlich eine Ganztagschule ist. In der gymnasialen Oberstufe ist die vom Schulgesetz garantierte persönliche Schwerpunktsetzung zuletzt stark eingeschränkt worden. Dies muss verändert werden.

Wir werden das Angebot der Profilierungsmöglichkeiten an der Oberstufe wieder erheblich verbreitern und halten am Ziel der leistungsorientierten Profileroberstufe fest. Die Schulen erhalten mehr Freiräume bei der Entwicklung von Profilen und bei der Organisation fächerübergreifenden Lernens.

Das Abitur wird in der Regel nach 12 Schuljahren erworben. Wir werden die künstlichen Barrieren zwischen den Oberstufen-Bildungsgängen an Gymnasien und Berufsbildenden Schulen abbauen.

Wir wollen eine Hinführung der Schülerinnen und Schüler in der gymnasialen Oberstufe zum forschenden, eigenständigen Lernen. Sie sollen für eine hochwertige berufliche Ausbildung oder das Studium qualifiziert werden. Hierzu ist eine enge Zusammenarbeit mit den Hochschulen zu verwirklichen. Es werden Kurse entwickelt, die als »Credit Points« für weitere Ausbildungen anerkannt werden können.



DIE BERUFLICHEN SCHULEN DER ZUKUNFT

Die berufliche Bildung muss modernisiert und ausgebaut werden. Die Berufsbildenden Schulen übernehmen heute schon durch ein vielfältiges Angebot einen wichtigen Bildungsauftrag in den Regionen und ermöglichen vielen Jugendlichen eine weitreichende Qualifizierung

Wir wollen alle Berufsbildenden Schulen zu regionalen Kompetenzzentren weiter entwickeln. Sicher zu stellen ist dabei die Garantie der Mitwirkung aller Beteiligten an ihrer Gestaltung.

Wir wollen die Vollzeitschulen an Berufsbildenden Schulen sichern und eine enge Zusammenarbeit mit den allgemein bildenden Schulen entwickeln. Hierbei streben wir eine deutliche Steigerung der mittleren Abschlüsse und der Hochschulzugangsberechtigungen an – insbesondere über berufliche Ausbildungsgänge. Das Ziel ist der Anschluss an die Abschlussquoten der europäischen Spitzenländer.

Die stetigen Veränderungen der Berufspraxis erheben immer komplexere Ansprüche an die Ausbildung. Die Länder und Sozialpartner müssen dafür neue Konzepte entwickeln. Die duale Ausbildung muss gerade vor dem Hintergrund der unterschiedlichen Bedingungen der Berufsausbildung in Europa weiter entwickelt werden.

Insbesondere für lernschwache Jugendliche müssen ganz gezielte Berufsbilder im Sinne »theoriegeminderter« Angebote mit einem hohen Praxisanteil in enger Kooperation mit den Kammern entwickelt werden. Dabei müssen wir sichern, dass die Absolventen einer solchen Ausbildung auch Arbeitsplätze und eine hinreichende Entlohnung erhalten.

Die Berufsbildenden Schulen müssen sich vor dem Hintergrund einer sich ständig wandelnden Arbeitswelt auch neuen Anforderungen in Hinblick auf die Weiterbildung stellen. Sie verfügen über Ressourcen und Kompetenzen, um als Anbieter auf dem Weiterbildungssektor fungieren zu können. Dafür sind ihnen die notwendigen Handlungsspielräume einzuräumen.



REFORM DER LEHRAMTSAUSBILDUNG

Die Ausbildung für Lehrerinnen und Lehrer wird reformiert und auf die Anforderungen des intensiven Forderns und Förderns ausgerichtet. Unser modernisiertes Schulsystem verlangt ausgereifte Lehrkräfte, die fachwissenschaftlich auf hohem Niveau stehen und zugleich wissen, wie sie nach modernen Erkenntnissen pädagogisch mit den Schülerinnen und Schülern arbeiten müssen.

Auf der Basis der jetzt eingeführten Bachelor- und Masterstudiengänge wird deshalb eine integrierte Lehrerausbildung entwickelt werden. Lehrerinnen und Lehrer müssen befähigt werden, vor dem Hintergrund einer immer heterogener werdenden Schülerinnen- und Schülerschaft mit neuen Konzepten, differenzierten Vermittlungsformen und herausragender Diagnosefähigkeit zu agieren. Deswegen wird der Praxisanteil im Studium deutlich erhöht.

Mit der Einführung der »Gemeinsamen Schule« stellen wir die niedersächsische Lehrerinnen- und Lehrerausbildung auf die Stufenlehrerausbildung um. Hierbei wird auch ein Studiengang für Elementarlehrkräfte eingeführt.

Es wird sichergestellt, dass zwischen Studienseminaren und Hochschulen eine intensive Zusammenarbeit und ein Austausch stattfindet, damit eine praxisorientierte Lehramtsausbildung aus »einem Guss« realisiert werden kann.



HOCHSCHULEN VON MORGEN SICHERN

Hochschulausbildung, Wissenschaft und Forschung haben eine hohe Bedeutung für die Lebenschancen der Menschen und die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft. Sie werden immer wichtigere Faktoren für die Sicherung des Wohlstands und der Bewältigung des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wandels in sozialer und ökologischer Verantwortung.

Bei den Ausgaben für Forschung, Wissenschaft und Bildung und auch bei der Studierquote bildet Deutschland im Vergleich der Industriestaaten das Schlusslicht. Wir müssen mehr tun, um die »Produktivkraft« Wissen für gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Fortschritt zu nutzen. Deshalb werden wir mehr investieren, um die niedersächsischen Universitäten, Fachhochschulen und Berufsakademien für den internationalen Wettbewerb zu stärken.

Wir werden in Niedersachsen die Hochschulautonomie wieder herstellen, die Gruppenuniversität stärken und die Studiengebühren für das Erststudium wieder abschaffen.



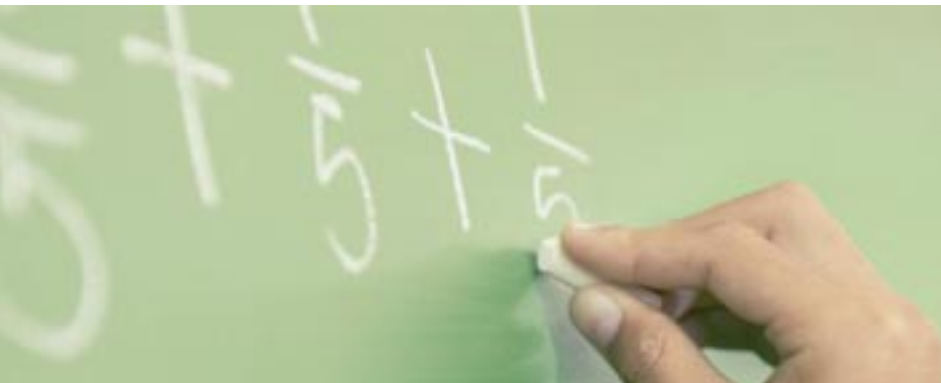
ERWACHSENEN-, WEITER- UND SENIORENBILDUNG STÄRKEN

Die moderne Gesellschaft ist durch »Lebenslanges Lernen« gekennzeichnet. Fortbildung und Wiedereingliederung gewinnen auf allen Ebenen an Bedeutung. Hierzu leisten die Einrichtungen der Erwachsenen- und Weiterbildung einen unverzichtbaren Beitrag, der auch im öffentlichen Interesse liegt. Deswegen wollen wir Erwachsenen- und Weiterbildung stärken.

Wir werden dabei den Schwerpunkt vor allem auf die Bildungsbereiche legen, die im Interesse der Gesellschaft sind und dem Gemeinwohl dienen. Dazu gehört auch der Ausbau des zweiten Bildungsweges. Die Weiterbildung der Erzieherinnen und Erzieher sowie der Lehrkräfte wird verstärkt.

Die Erwachsenenbildung ist gefordert, enger mit den Berufsbildenden Schulen zusammenzuarbeiten. Auch der betrieblichen Bildung kommt eine besondere Bedeutung zu. Ein besonderes Gewicht legen wir in Zukunft verstärkt darauf, finanziell schwachen Gruppen der Bevölkerung den Zugang zu diesen Bildungsmöglichkeiten zu ermöglichen.

Wir leben in einer Gesellschaft, in der der Anteil der älteren Menschen deutlich zunimmt. Sie sind geistig rege, lebens- und wissenshungrig. Die Seniorinnen- und Seniorenbildung erhält in diesem Zusammenhang eine besondere Bedeutung. Diese wollen wir weiterentwickeln und ausbauen. Viele ältere Menschen können und wollen sich in die Gemeinschaft einbringen. Dies werden wir unterstützen.



FINANZIERUNG

Investitionen in die Bildung sind notwendig und wir müssen hier eine deutliche Priorität setzen. Einnahmen für das Land Niedersachsen aus der Mehrwertsteuererhöhung sowie aus dem Subventionsabbau werden von einer SPD-Landesregierung vor allem für Investitionen in diese Bildungsmaßnahmen und für den Abbau der Verschuldung genutzt werden.

ZUKUNFT DER BILDUNG – MIT DER SPD!

Das SPD-Konzept zur »Zukunft der Bildung« wird die Grundlage für den Bildungsteil unseres Regierungsprogramms für die Landtagswahl 2008 sein. In einer ausführlichen Langfassung liefern wir zudem Ergänzungen und beschreiben die Umsetzungsschritte (Download unter: www.spdnds.de).

Wir sind überzeugt: Die SPD beweist mit diesem Programm, dass sie klare Perspektiven für die Bildung in Niedersachsen hat und die Partei ist, die unser Land auf die Herausforderungen der Zukunft einstellt.

ES GILT EINDEUTIG: BILDUNG HAT ZUKUNFT – MIT DER SPD

BILDUNGSSCHEMA

UNSERE ZIELVORSTELLUNGEN – VOM ELEMENTARBEREICH BIS ZUR BERUFLICHEN BILDUNG IN NIEDERSACHSEN

SCHULJAHR

GYMNASIALE OBERSTUFE – angesiedelt an einer Gemeinsamen Schule oder als Oberstufenzentrum		14
– Dauer in der Regel 2 Jahre, Verlängerung um bis zu 2 Jahre möglich		13
BERUFLICHE BILDUNG – entweder in dualer Ausbildung oder in Vollzeitschulen (Fachgymnasien, Fachoberschulen usw.)		12
		11
BRÜCKENJAHR – Zur Vorbereitung auf die Sekundarstufe II sowie für Auslands- oder Praktikumserfahrungen etc.		10
		9
GEMEINSAME SCHULE – hervorgegangen aus der Umwandlung bestehender Förderschulen, Hauptschulen, Realschulen, Gesamtschulen und Gymnasien – organisiert als Ganztagschule		8
		7
		6
		5
GRUNDSCHULE – organisiert als Ganztagschule; Schülerinnen und Schüler mit Behinderungen integrieren		4
		3
FLEXIBLE EINGANGSSTUFE DER GRUNDSCHULE – umfasst die Jahrgänge 1 und 2 und kann von den Schülerinnen und Schülern in 1, 2 oder 3 Jahren durchlaufen werden – Übergang aus dem Kindergarten zu mindestens zwei Terminen im Schuljahr möglich		2
		1
TAGESSTÄTTE ALS FAMILIENZENTRUM – aufsuchende integrierende Elternarbeit – Vernetzung der sozialen Dienste	KINDERGARTEN IN DER KINDERTAGESSTÄTTE – Vorbereitung auf die flexible Eingangsstufe der Grundschule – Dokumentation über die Entwicklung der Kinder – Integrierende Gruppen – Bildungsstandards – Sprachförderung	TAGESMÜTTER – ggf. kommunal koordiniert in den Kitas
	KINDERKRIPPE – möglichst Teil der Kita	

Beratung der Mütter-Väter/Eltern durch **HEBAMMEN-PROGRAMM UND AKTIVITÄTEN DER EINRICHTUNGEN VOR ORT**

IMPRESSUM

HERAUSGEBER

SPD-Landesverband Niedersachsen
Odeonstraße 15/16
30159 Hannover
Telefon 0511/1674212
E-Mail spdnds@spd.de
www.spdnds.de

VERANTWORTLICH

Dr. Frank Wilhelmy

GESTALTUNG & SATZ

Anette Gilke, Burgdorf

DRUCK

braunschweig-druck GmbH, Braunschweig

Juni 2006